

Berater

# Alle meine Kumpels

Viele West-Beamte gehen den unerfahrenen Ost-Regierenden zur Hand.

**B**undesinnenminister Wolfgang Schäuble machte die Hilfe für seinen Ostkollegen öffentlich. Daß dem DDR-Minister Peter-Michael Diestel als Sicherheitsberater Heinrich Boge, ehemaliger Chef des Bundeskriminalamtes, zur Seite gestellt werde, sei „eine Dienstleistung der Bundesregierung“, erläuterte Schäuble – gratis und franko für den Empfänger.

Die Bundesregierung will mit ihrem 20 Millionen Mark teuren Berater-Ser-



**DDR-Berater Maaß**  
Diener zweier Herren

vice nicht nur der in Demokratie ungeübten Ost-Regierung Unterstützung gewähren und erfahrenen Beamten zu einem erfüllten Lebensabend verhelfen. Sie möchte auch unbequeme Alleingänge der Regierung von Lothar de Maizière verhindern. Ex-Kriminalamtschef Boge, Mittelstandslobbyist Elmar Pieroth oder die Beamten Udo Kollenberg, Wolfgang Hahn und Winfried Florian sollen ihren Ost-Ministern den westlichen Way of work verklickern – und das möglichst erfolgreich.

Denn die neuen Ressortchefs haben ausnahmslos keine Erfahrung im politischen Management, müssen aber – und das in der schwierigen Übergangsphase zur Einheit – Behörden leiten, die seit Gründung von ehemaligen SED-Leuten und deren zentralistisch-ideologischem Denken beherrscht sind.

Als Udo Kollenberg, von Familienministerin Ursula Lehr zur Unterstützung von Frauenministerin Christa Schmidt abgestellt, seiner Vorgesetzten-Ost die „sozialen Errungenschaften“ in der Bundesrepublik zu erläutern suchte, war die erst einmal sehr überrascht, „welch gute Maßnahmen es bei Ihnen gibt“ (Schmidt). Dann hörte sie folgsam auf ihren Berater und nahm die Kernstücke konservativer Frauenpolitik – „Aufwertung der Hausarbeit, Teilzeitarbeit für Frauen und Abkehr von der Ganztagsbetreuung für Kinder“ – ohne Murren in



**DDR-Berater von Braunmühl**  
„Aufräumen und gestalten“

ihr Programm auf. Allein bei der Abtreibungsfrage blieb sie störrisch: Sie will auf keinen Fall die Fristenlösung in der DDR einer Indikationslösung wie in der Bundesrepublik opfern (siehe Seite 70).

Ähnlich erging es dem Emissär des Bonner Verkehrsministeriums, Wolfgang Hahn: Mal sind die Osis spurtreu und folgen Bonner Ratschlägen wie blind; mal entdecken sie DDR-Eigenständigkeiten und entwickeln preußische Prinzipientreue. Verkehrsminister Horst Gibtner besteht hartnäckig auf dem Erhalt des Tempo-Limits und der Null-Promille-Grenze für Autofahrer, obwohl Hahns früherer Chef, der Bonner Verkehrsminister Friedrich Zimmermann, laut die freie Fahrt für die jetzt freien DDR-Bürger mitsamt der westlichen Promille-Regelung einfordert.

Hahn, der immer nur kurz in Ost-Berlin weilte, dabei aber sogar Pressemitteilungen formuliert, will das Verkehrsministerium nach dem Modell des West-Pendants umkremplein. Er möchte die Abteilung „Reichsbahn“ ausgliedern und nach Bundesbahn-Vorbild zum eigenständigen Unternehmen umbauen. Als erstes wurde den DDR-Eisenbahnchefs schon klargemacht, daß sie sich

nicht mehr politisch äußern dürfen. Sie hatten sich erdreistet, dem Vorrang der Bahn vor der Straße das Wort zu reden.

Im DDR-Wirtschaftsministerium ist der von der CDU-Fraktion im West-Berliner Rathaus finanzierte Berater Reinhard Hadrich der Wegweiser in die marktwirtschaftliche Freiheit. Den 5000 Mitarbeitern empfahl der Westler zunächst die Lektüre von Ludwig Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“. Dann ließ der Ex-Wahlkampfmanager alle Namensschilder mit der Anrede „Genosse“ entfernen und machte den Mitarbeitern deutlich, wer das Sagen hat: Zwei Drittel der Beschäftigten würden über kurz oder lang entlassen. „Sachkenntnis und Fleiß entscheiden, wer weggehen muß und wer bleiben kann.“

Weniger hemdsärmelig gebärdete sich der Berater von DDR-Ministerpräsident de Maizière, Hans-Christian Maaß, offiziell immer noch amtierender Presse-



**DDR-Berater Boge**  
Dienstleistung aus Bonn

sprecher im Bonner Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Maaß, der als Student die DDR verließ, war bereits während des Wahlkampfes den rechten DDR-Parteien zu Diensten. Er setzte sich dafür ein, daß die bayerische CSU ihre Klausurtagung in Leipzig abhielt, half beim Gründungskongreß der DSU und organisierte die Vereinigung der drei Ost-Parteien CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch zur konservativen Allianz – mit Erfolg. Heute, so Maaß nicht ohne Stolz, sind die wichtigsten Leute in der DDR-Regierung „alle meine Kumpels“.

Denen verhilft er zu öffentlicher Wirksamkeit. Er führt ihre Pressesprecher in die Grundsätze westlicher Medienarbeit ein und macht Public Relations für den hier unerfahrenen de Maizière, der sich noch wenige Wochen vor seinem Wahl-

# „Alle Deutschen beteiligen“

CDU-Vorstandsmitglied Kurt Biedenkopf empfiehlt der DDR Änderungen am Staatsvertrag

Biedenkopf, 60, früher CDU-Generalsekretär, jetzt Querdenker der Partei und Gastprofessor an der Universität Leipzig, erörterte mit DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière den zwischen Bonn und Ost-Berlin ausgehandelten Entwurf eines Staatsvertrags. In einem Vermerk für de Maizière präzierte Biedenkopf auf zehn Seiten seine Vorschläge. Auszüge:

**D**er Gesamtduktus des Arbeitspapiers ist problematisch. Die Vereinigung Deutschlands wird nicht als historische Aufgabe gesehen, die von allen Deutschen – gemäß ihren unterschiedlichen Kräften – gemeinsam zu lösen ist, sondern als Aufgabe der DDR-Deutschen, die von den BRD-Deutschen in sehr beschränktem Umfang Unterstützung erhalten sollen. Vom Geiste, „die Teilung durch Teilen überwinden“, ist praktisch nichts zu spüren. Vielmehr soll die Bundesrepublik von allen Belastungen nach Möglichkeit freigestellt werden.

Diese Betrachtungsweise ist ausgesprochen kurzsichtig. Entweder muß die Bundesrepublik die Rechnung nach der Vereinigung begleichen, oder der östliche Teil der künftigen Republik Deutschland bleibt auf Jahrzehnte ein benachteiligtes Gebiet. Die Grundtendenz des Entwurfs muß deshalb modifiziert werden.

Der Entwurf regelt die Modalitäten einer Währungsunion und einer Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Seine Präambel reicht jedoch über diese Aufgabenstellung hinaus. Mit ihr wird die Entschlossenheit bekräftigt, die Einheit Deutschlands zu vollenden und durch Schaffung einer Währungsunion pp. die Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 GG vorzubereiten.

Die DDR sollte sich vertraglich auf diese Ziele nur festlegen, wenn die wesentlichen Voraussetzungen für ihre Verwirklichung geklärt sind. Mit dem geplanten Staatsvertrag wird eine solche Klärung nicht erreicht. Er behandelt nur einen Teilbereich des Einigungsprozesses.

Zur Klärung der wesentlichen Voraussetzung ist deshalb eine *Rahmenvereinbarung* (oder eine wesentliche Erweiterung der Präambel) erforderlich, die Grundlage für den Staatsvertrag über die Währungsunion pp., aber auch für weitere notwendige Vereinbarungen ist. Nur in einer solchen, den ganzen Prozeß der Einheit bestimmen-

den Rahmenvereinbarung sollte sich die DDR vertraglich auf die Einheit und den Beitritt nach Artikel 23 GG festlegen.

Die Rahmenvereinbarung sollte folgende Punkte umfassen:

Die Erneuerung der staatlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ordnung im östlichen Teil Deutschlands ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Die durch die alte Ordnung verursachten Schäden und Belastungen sind eine Folge des



**DDR-Berater Biedenkopf**  
„Kurzsichtige Betrachtung“

verlorenen Krieges. Für diese Folge und ihre Konsequenzen haben alle Deutschen einzustehen, nicht nur die Deutschen in der jetzigen DDR.

An der Bewältigung der gesamtdeutschen Aufgabe müssen sich alle Deutschen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Maßstab könnte, wie in der EG oder der Bundesrepublik im Innenverhältnis, das Bruttosozialprodukt pro Kopf sein.

Die Kosten der gemeinsamen Aufgabe sind nicht absehbar. Es muß

- ▷ ein Verfahren gefunden werden, nach dem sich die Kosten ermitteln lassen, und
- ▷ ein Schlüssel bestimmt werden, nach dem sie sich auf Bund, Länder und Gemeinden in beiden Teilen Deutschlands verteilen.

Ohne eine solche Regelung wird die DDR immer wieder vor der Notwendigkeit stehen, zusätzliche Leistungen einfordern zu müssen. Dies wäre mit dem gesamtdeutschen Charakter der Aufgabe unvereinbar. Das deutsch-deutsche Verhältnis würde durch eine solche Notwendigkeit zunehmend politisch belastet.

Regelungsbedürftig ist die Frage, wer die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft trägt. Zwar stellt sich diese Frage nur, wenn die Folgen der Umstellung insgesamt für die DDR nachteilig sein sollten. Doch muß auch für diesen eher wahrscheinlichen Fall Vorsorge getroffen werden. Wie soll beispielsweise eine hohe und lang anhaltende Arbeitslosigkeit vor der Vereinigung finanziert werden?

Fragen eines Lastenausgleichs zwischen der Bevölkerung der Bundesrepublik und der DDR müssen geklärt werden. Die Bevölkerung der DDR konnte im Unterschied zu der Bevölkerung in der Bundesrepublik in den zurückliegenden 40 Jahren kaum nennenswerte Vermögen bilden. Was an Vermögen gebildet werden konnte und auch nach der Verwirklichung der Währungsunion erhalten bleibt, muß weitgehend für Anschaffungen, Sanierungsarbeiten (Wohnungen) und Alterssicherung eingesetzt werden.

Mit der Währungsunion pp. werden Souveränitätsrechte der DDR auf die Bundesrepublik übertragen. Sie werden sich mit den entsprechenden Souveränitätsrechten der Bundesrepublik zu gesamtdeutschen Souveränitätsrechten verbinden. Diese Rechte sollen nach bisheriger Vorstellung allein von der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Das entspricht der bisherigen Auffassung der Bundesrepublik, treuhänderisch für die Deutschen im DDR-Teil Deutschlands zu handeln. Mit den freien Wahlen ist diese Begründung für die Treuhänderstellung entfallen. Die Deutschen in der DDR können sich jetzt durch frei gewählte Repräsentanten an der Ausübung der Souveränitätsrechte beteiligen. Dafür müssen geeignete Verfahren vorgesehen werden.

Empfehlung: Verhandlungen über das Arbeitspapier sollten unter dem Vorbehalt geführt werden, daß der geplante Staatsvertrag ohne Klärung der aufgeführten Fragen nicht sinnvoll sein kann.

sieg von einer kommerziellen PR-Agentur in Frankfurt/Main hatte betreuen lassen.

Eine ähnliche Mission, allerdings bezahlt von der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn, erfüllt Carlchristian von Braunmühl, Bruder des vor vier Jahren von Terroristen ermordeten Abteilungsleiters im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl. Als Vertrauter von Außenminister Markus Meckel arbeitet er jetzt in einem Haus „mit dem Ruf, daß 1000 handverlesene Stasi-Leute ihresgleichen in 126 Botschaften betreuen“. Seine Hauptaufgaben sieht er darin, „aufzuräumen, abzuwickeln und politisch zu gestalten“.

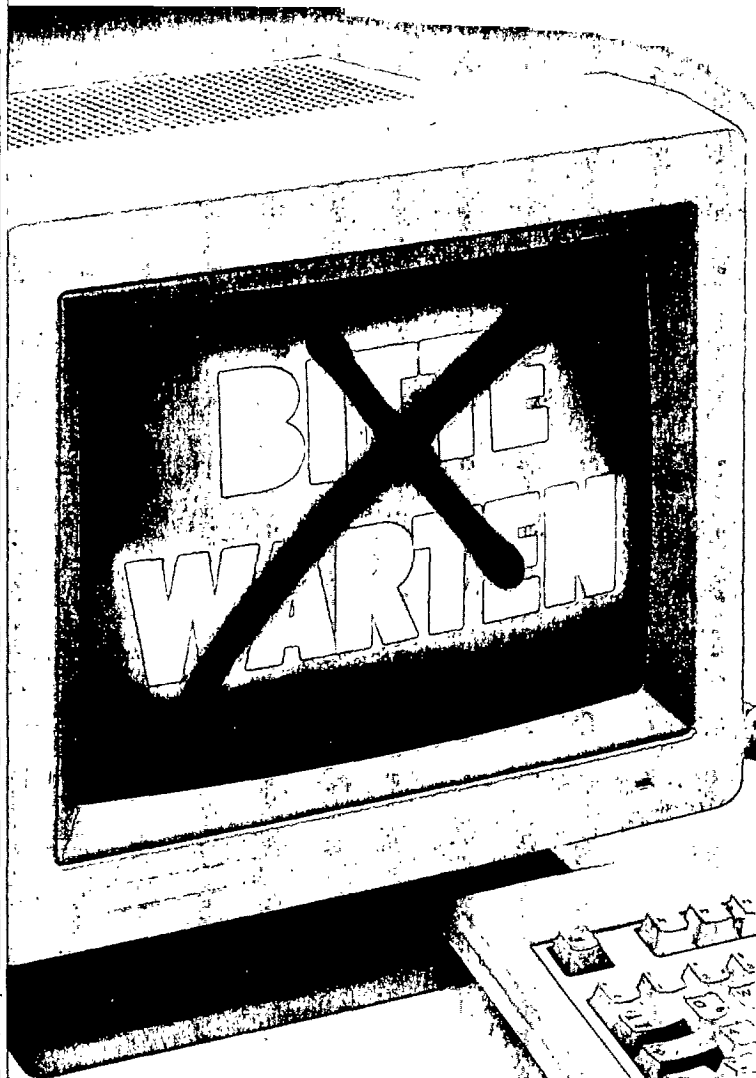
Der schwäbische Psychologe nutzt seine Erfahrung, um Mitarbeiter zu motivieren. Viele beichtigen sich selbst, Mitläufer gewesen zu sein, und warnen die neuen Herren vor ihnen angeblich feindlich gesonnenen Mitarbeitern. Die meisten Stalinisten erscheinen allerdings längst nicht mehr zur Arbeit. Viele stramme Einheitssozialisten setzten sich rechtzeitig in eine Botschaft ab, Folge: Die Zahl „derer, die zu loyaler Mitarbeit bereit sind“, sei „erfreulich hoch“.

Von Braunmühls Freund aus Friedensbewegungszeiten, der Volkswirt Rolf Schmachtenberg, berät die SPD-Ministerin für Arbeit und Soziales, Regine Hildebrandt. Auch er ermuntert sie, nicht auf Bonner Einflüsterungen zu hören: Wichtig sei zu verhindern, daß als Folge des Staatsvertrags jeder dritte Rentner zum Sozialhilfeempfänger wird. Schmachtenberg will im Ministerium demokratische Strukturen aufbauen; betroffene Mitarbeiter ließ er darüber abstimmen, ob die beiden ehemaligen Vize-Minister des Hauses, stramme SED-Leute, Abteilungsleiter werden sollten. Sie durften.

Er empfahl seiner Ministerin, auf Beamte aus dem Bonner Arbeitsministerium zu verzichten: „Das gibt nur Reibereien.“ Einzige Hilfe aus dem Hause Blüm: Kopierer und Arbeitsgesetzbücher.

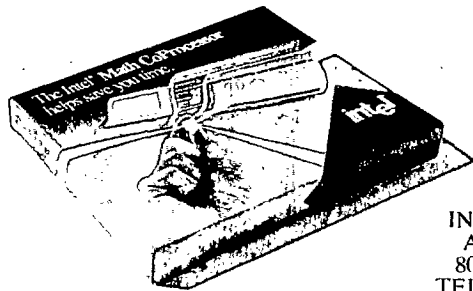
Auch Rainer Eppelmann, der neue Verteidigungsminister, will keine militärischen Berater aus Bonn haben. Sein Freund, der Hannoveraner Religionslehrer Dietmar Herbst, kümmert sich um den „Umbau des Ministeriums“. Er führt, wie von Braunmühl, lange Gespräche mit Mitarbeitern und Soldaten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, hat Kontakt zu Friedensgruppen in beiden deutschen Staaten und stellt ein Team von „unabhängigen Philosophen, Psychologen, Theologen und Friedensforschern“ zur Stütze des Ministers auf: „Endlich können wir einige Ziele der Friedensbewegung in die Tat umsetzen.“

Beraterkollege von Braunmühl hält dies für eine Chance: „Wenn Geschichte gutgeht, dann geht sie so.“ ◀



Sie kennen das: Warten vor dem PC bis komplexe Tabellenkalkulationen abgewickelt sind, bis die Grafik endlich auf dem Monitor erscheint, oder Berechnungen aus einer Datenbank durchgeführt werden. Ihre Sekretärin braucht Zeit für die eiligen Präsentationsgrafiken und Diagramme. Sie wartet bis der Rechner „fertig“ ist, Sie verpassen vielleicht einen Termin. Machen Sie doch Ihren PC einfach schneller mit einem Math CoProcessor von INTEL. Ihr

PC hat einen vorplatz dafür. Fragen Sie Ihren Fachhändler nach dem Intel Math CoProcessor, über 400 populäre Programme dann bis zu 10 mal schneller machen können. Ihr Geld, Ihr Geld.



int

INTEL SEMICOND  
ABT. MD · DORN.  
8016 FELDKIRCH  
TEL. 0 89/9 09 92-0 · F

**INTEL Math CoProcessor – das Original vom des Mikroprozessors.**